

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

„Der Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhaltes ist wichtiger als der Erhalt der Großen Koalition“

(W. Wodarg, SPD-Bundestagsabgeordneter)

Die Führungsspitze der SPD, die Müntefering, Beck und Struck haben dafür gesorgt, dass unter massivem Druck der SPD-Fraktion – gegen großen Widerstand – mehrheitlich eine Zustimmung abgepresst werden konnte; entgegen der „sozialdemokratischen Überzeugung“ vieler Abgeordneter, die sich hier einem politischen Diktat der Merkel/CDU/CSU im Auftrag der EU beugen mussten.

Sie haben durchgesetzt, dass das von den ArbeitnehmerInnen mit der SPD und den Gewerkschaften erkämpfte paritätisch und solidarisch finanzierte System der gesetzlichen Krankenversicherung, die der gesamten arbeitenden Bevölkerung das Recht auf verantwortliche Krankenversorgung und Schutz vor sozialer Not im Krankheitsfalle garantiert, aufgebrochen wird.

Und sie wollen weiter gehen. Eine ganze Serie von „Reform“maßnahmen soll folgen: die Rente mit 67 (Rentenkürzungen), die Reform der Pflegeversicherung, die Unternehmensteuerreform (Milliarden-Entlastung für die Unternehmer), weitere Arbeitsmarkt-



250.000 Metaller haben – wie hier im Saarland – gegen die Rente mit 67 gestreikt und demonstriert

maßnahmen (Verschärfungen von Hartz IV) und die Föderalismusreform 2. „Sie alle sind unverzichtbar“, betonte Merkel ausdrücklich in ihrer Neujahrsrede. Und weiter: „Wir wollen die Schuldenlasten der öffentlichen Haushalte weiter senken“, und folgt damit dem Diktat der Maastrichter Defizit-Kriterien. „Europa gelingt, wenn alle zu Hause im eigenen Land ihre Hausaufgaben machen“, so Merkel.

„Aus sozialdemokratischer Überzeugung“

haben die sozialdemokratischen Abgeordneten gehandelt, die mit Nein zur Gesundheits„reform“ gestimmt haben. Sie haben den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften, und auch der Mehrheit der SPD-Mitglieder, eine Stimme gegeben. Sie verteidigen die Tradition der Sozialdemokratie, die mit dem Kampf für den Aufbau der sozialen Sicherungssysteme, des Sozialstaats verbunden ist.

Müntefering und Beck sind dagegen entschlossen, mit allen, gegebenenfalls auch disziplinarischen Mitteln, die SPD dem Programm der EU, das den politischen Auftrag der Großen Koalition definiert, zu unterwerfen.

250.000 Metaller haben jetzt gegen die Rente mit 67 gestreikt und demonstriert. „Ich setze das um ... Da werden auch die Proteste nichts ändern“, bekräftigt Müntefering skrupellos in seinem Interview mit der FAZ vom 5. 2. 2007. „Wir werden die Unternehmenssteuerreform dieses Jahr machen“ und „wir arbeiten konzentriert an der Neugestaltung des Niedriglohnsektors“, was nichts anderes bedeutet als eine zusätzliche Ausweitung dieses Niedriglohnsektors, mit heute schon über 7 Mio. ArbeitnehmerInnen.

Müntefering, Beck und Struck wollen vor keinem Widerstand zurückweichen, weder vor den Massenprotesten der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften, noch vor der Ablehnung

(Forts. auf S. 2)

Zum Inhalt:

- Die Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens durch die EU muss gestoppt werden
- ÖPP – Sie wollen die Privatisierung der Schulen, Krankenhäuser...
- Nein zum Kriegseinsatz in Afghanistan
- Vorbild des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB): Die Europäische Union

„Der Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhaltes...“

(Forts. von S. 1)

ihrer Politik durch die Mehrheit der SPD-Mitglieder und aus der eigenen Fraktion. Wie weit aber wollen sie noch gehen mit der Unterwerfung unter die Politik der Großen Koalition und der EU?

Die ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen wollen das nicht akzeptieren. Für sie alle ist die „Grenze der Zumutbarkeit“ längst überschritten!

Wie aber können die schon drohenden Antireformmaßnahmen, wie die auch noch anstehende Umsetzung ganzer Teile der Gesundheits„reform“ verhindert und abgewehrt werden? Wie kann das ganze Zerstörungswerk gestoppt werden, um auch die schon umgesetzten Maßnahmen der Gesundheits„reform“ wieder aufzuheben?

GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen hatten von Michael Sommer und dem DGB-Vorstand die Mobilisierung für eine vereinte Demonstration aller DGB-Gewerkschaften in Berlin vor der Verabschiedung der Gesundheits„reform“ gefordert, um diese zu Fall zu bringen.

Welches Hindernis gibt es?

Die „arbeitnehmerfeindliche Politik“ (DGB) der Regierung Merkel, mitverantwortet von der SPD in der Großen Koalition, liefert auch die SPD einem Desaster aus und schwächt gefährlich die Gewerkschaften.

Ist es nicht so, dass nur die vereinte Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen mit ihren Gewerkschaften und den SozialdemokratInnen die Müntefering und Beck hindern kann, für die Große Koalition noch weiter zu gehen und die ganze

SPD auf das Nein gegen deren Politik zu verpflichten?

Und ist das nicht die ganze, die historische Verantwortung und der Auftrag der Gewerkschaften?

„Mir ist im Konfliktfall der Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhaltes wichtiger als der Erhalt der Großen Koalition“, trifft der sozialdemokratische Abgeordnete Wolfgang Wodarg damit nicht den Kern?

Verlangt das sozialdemokratische Nein zur Politik der Großen Koalition und der EU nicht den Bruch der SPD mit

dieser Großen Koalition?

Ist es nicht notwendig, dass die 100.000e, die GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen, die gegen die Gesundheits„reform“ gekämpft haben, dass die Metaller und Gewerkschaften, die heute gegen die Rente mit 67 streiken und demonstrieren, zusammen mit den SPD-Abgeordneten, die diese Politik aus „sozialdemokratischer Überzeugung“ ablehnen, diese Frage ins Zentrum ihrer vereinten Bemühungen stellen?

CARLA BOULBOULLÉ

Neue Gefahr aus Brüssel EU-Kommission bereitet Richtlinie über das Gesundheitswesen für 2007 vor

Am 26. September 2006 hat die EU-Kommission eine Mitteilung über das Gesundheitswesen veröffentlicht, mit der sie eine „öffentliche Konsultation“ gestartet hat, „die am 31. Januar 2007 endet“. Auf dieser Grundlage wird die EU-Kommission eine Richtlinie vorschlagen.

Was steht in der Brüsseler Mitteilung? Sie weist auf die „Respektierung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für das Gesundheitswesen und die medizinische Versorgung“ hin und fügt hinzu: „Der Gerichtshof hat erklärt, dass für die Mitgliedstaaten die Möglichkeit der Anpassungen ihrer nationalen Systeme der sozialen Sicherheit an verschiedene andere Bestimmungen des Maastrichter Vertrages, wie den Artikel 49 CE/EU besteht.“ Welchen Inhalt hat der Artikel 49 CE/EU? Er fordert die Dienstleistungsfreiheit. Die nationalen sozialen Sicherungssysteme würden damit direkt von dieser geplanten EU-Richtlinie infrage gestellt. Die von der Großen Koalition durchgesetzte Gesundheits„reform“ ist

ein Werk dieser „Anpassung“. Sie demontiert die solidarisch und paritätisch finanzierte Krankenversicherung und das öffentliche Gesundheitswesen, eine historische Errungenschaft in Deutschland nach 1945.

Und im Namen einer „besseren Kosten-Nutzen-Relation“ bei der „grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung“ spricht die Brüsseler Kommission von „großen Einsparungen durch eine koordinierte Aktion aller Mitgliedstaaten“. Große Einsparungen – das Argument dient auch in der Industrie zur Organisierung von Entlassungen und Strukturwandel. Bei „großen grenzüberschreitenden Einsparungen“ kann man sich ausmalen, was das wohl bedeuten soll: dafür könnten z.B. Krankenhäuser verschiedener Länder grenzüberschreitend „fusioniert“ oder „neu geordnet“ werden!

Die Vorbereitung dieser EU-Richtlinie über das Gesundheitswesen macht die Delegation am 31. März nach Brüssel umso wichtiger.

IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS:
22. 02. 07

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring,
Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gott-
hard Krupp, Volker Prasuhn,
Birgit Schöller, Volkmar Schöne,
Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen:
Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach,
Bodo Schoo, Beate Sieweke,
Tina Hauptmann
Mecklenburg-Vorpommern:
Lothar Hesse
Sachsen:
Gaby Hahn, Cornelia Matzke
Sachsen-Anhalt:
Karlheinz Gerhold (†), Axel Bachner,
Hans Günther Rinkleib

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle
Hessen:
Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf
Schulz, Horst Raupp
Baden-Württemberg:
Michael Futterer
Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064
Der regelmäßige Bezug ist nur im
Jahresabonnement möglich.
Jahresabonnement (inkl. Porto):
50,- Euro
Ermäßigtes Abonnement:
30,- Euro
In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.
Konto: C. Boulboullé,
Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)
Kontonummer: 5629 455 002
V.i.S.d.P.: C. Boulboullé
Postfach 120 755; 10597 Berlin

AM 2. FEBRUAR hat die Regierung der Großen Koalition die Gesundheitsreform im Bundestag beschließen lassen.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal die Unterstützung und Solidarität vieler SozialdemokratInnen, der InitiatorInnen und über 3000 UnterzeichnerInnen des Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten: „Stimmt mit Nein zur Gesundheitsreform“ mit den 20 SPD-Abgeordneten der SPD-Fraktion, die gegen die Reform gestimmt haben, betonen, sowie mit all denen, die sich enthalten oder aus Protest an der Abstimmung nicht teilgenommen oder ihre inhaltliche Ablehnung des Gesetzes zum Ausdruck gebracht haben.

Es ist bisher ein einmaliger Vorgang, dass sich die Mehrheit der Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion in einem Ausschuss des Bundestages, wie das jetzt im Gesundheitsausschuss der Fall war, gegen die Vorgaben der Fraktions- und Parteiführung gewandt haben. Das ist nichts anderes als ein Ausdruck der ebenfalls einmaligen Ablehnung, auf die die Gesundheitsreform überall in der Bevölkerung und in der Arbeitnehmerbewegung gestoßen ist.

Diese Ablehnung in der SPD-Fraktion selbst hat dem Nein der überwältigenden Mehrheit in der Gesellschaft, der Bevölkerung, der Arbeitnehmerschaft, die in zahllosen Aktionen gegen die Gesundheitsreform und die Politik der Großen Koalition demonstriert hat, und der großen Mehrheit der SPD eine Stimme gegeben und die sozialdemokratischen Grundwerte gegen das Diktat der Großen Koalition verteidigt.

Enige Bestimmungen des Gesetzes treten nicht sofort in Kraft. Doch es ist klar, dass mit der Gesundheitsreform de facto die Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenkassen aufgehoben wurde. Die Verwaltung der Krankenkassenbeiträge und die Krankenkassenfinanzierung werden der direkten Kontrolle und Entscheidung der Regierung unterstellt. Das heißt den Beitragszahlern, den durch die Gewerkschaften vertretenen ArbeitnehmerInnen, wird die Entscheidung über die Höhe ihrer Beiträge, wie auch über die Ausgaben geraubt. Das ist ein Wendepunkt in der Geschichte der sozialen Sicherungssysteme. Begleitet wird dies mit der noch weiteren Abkoppelung der Arbeitgeber von der paritätischen Finanzierung der Krankenkassen durch die Einführung des „Zusatzbeitrages“ für die Versicherten. Die solidarische Finan-

zierung wird aufgebrochen. 100.000e werden zu einer unzureichenden „Billigversorgung“ verurteilt.

Als unmittelbare Folge davon sollen die Kassen und mit ihnen die Krankenhäuser in einen selbst zerstörerischen Wettbewerb getrieben werden. Die Versicherten, die Patienten und vor allem die chronisch Kranken sollen erneut belastet werden. Die Ärzte werden entgegen ihrem hippokratischen Eid, d.h. ihrer Verpflichtung, allein und alles für die medizinische Versorgung zu tun, zur Kostensenkung bei der Krankenversorgung gehalten.

Kurt Beck und Franz Müntefering haben der CDU/CSU geholfen, einen Schlag gegen eine historische Errungenschaft des Sozialstaats zu führen. Muss man nicht klar und deutlich sagen, dass sie die ArbeitnehmerInnen einer ihrer zentralen sozialen Errungenschaften in Deutschland beraubt haben: des Rechts der ArbeitnehmerInnen auf den Schutz vor sozialer Not im Falle von Krankheit, das diese in 120 Jahren mit ihren Gewerkschaften und mit der SPD aufgebaut haben?

Ist dieser Schlag gegen die soziale Krankenversicherung nicht auch ein verheerender Schlag gegen die SPD, die seit Anbeginn ihrer eigenen Existenz mit den Krankenkassen verbunden war. Und es ist natürlich auch ein Schlag gegen die Gewerkschaften, die als Interessenorganisationen der ArbeitnehmerInnen dafür eintreten, dass die Krankenversorgung auf der Grundlage der Beiträge für die Krankenkassen für alle ArbeitnehmerInnen garantiert wird und die jetzt ganz direkt und unmittelbar durch die Auflösung der Selbstverwaltung der Krankenkassen geschwächt werden?

Beck und Müntefering schlagen alle Warnungen und Proteste in den Wind und wollen noch weiter gehen, weil sie sich der Umsetzung des Programms der Großen Koalition und der Erfüllung der Vorgaben der EU verschrieben haben.

Erweisen sich nicht alle Behauptungen von Müntefering, Beck und Schmidt, dass das „sozialdemokratische Profil“ in der Regierung „erhalten“ worden wäre, als das reine Gegenteil?

Erweist sich die Große Koalition nicht als ein Zwangsrahmen zur Umsetzung der Politik der EU, in die die SPD eingebunden werden soll, um gegen alle sozialen und sozialdemokratischen Errungenschaften zu Felde zu ziehen, was den Platz der SPD selbst und der unabhängigen Gewerkschaften bedroht?

Henning Frey (SPD, GEW)

Was zu viel ist, ist zu viel !

Doch wirft der Kampf für die Rückeroberung der Errungenschaften der GKV, wie auch die Abwehr weiterer zerstörerischer „Reformen“, nicht die Frage auf:

Ist es nicht an der Zeit zu sagen: „Die SPD muss raus aus der Großen Koalition!“?

Auf der Versammlung der Vertreter der UnterzeichnerInnen des Offenen Briefes am 27. Januar in Köln wurde diese Frage diskutiert und beschlossen, den europäischen Aufruf von GewerkschafterInnen und ArbeitnehmerInnen zu unterstützen, der für einen sofortigen Stopp der Zerstörung des Gesundheitswesens in Europa eintritt, und gemeinsam die Delegation am 31. 3. nach Brüssel zur EU-Kommission vorzubereiten.

Es kann nicht sein, dass das Schicksal und die Existenz der Kranken, der RentnerInnen, der Arbeitslosen, der Arbeitnehmer und ihrer Familien völlig den Vorgaben aus Brüssel untergeordnet werden! Es kann nicht sein, dass es keine andere Zukunft als die einer radikalen sozialen Zerstörung und der Zerstörung des Sozialversicherungssystems gibt, wie sie unter Schröder mit den Hartz-Gesetzen und der Einführung des ALG II eingeleitet wurde, und wie sie jetzt von Beck und Müntefering in der Großen Koalition mit Merkel fortgesetzt wird!

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg hat zu seiner Stimmabgabe am 2. Februar erklärt: „Ich stimme (...) gegen das Gesetz und werde weiter für den Erhalt unserer solidarischen Krankenversicherung kämpfen und möchte den Sozialdemokraten sehen, der das nicht will.“

Ihm kann man nur beipflichten. Die große Mehrheit der SozialdemokratInnen, die GewerkschafterInnen, die ArbeitnehmerInnen und die ganze Bevölkerung wollen die Wiederherstellung des solidarischen gesetzlichen Krankenversicherungssystems.

Die InitiatorInnen des o.g. Offenen Briefes an die SPD-Bundestagsabgeordneten wenden sich in einem weiteren Brief an sie alle und schlagen vor, dass wir uns gemeinsam für den Erhalt der gesetzlichen Krankenkassen, für den Erhalt der öffentlichen Krankenhäuser, für die Wiederherstellung der Selbstverwaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung und für die Rücknahme der Privatisierung im Gesundheitswesen einsetzen.

Diskussion in der Kölner Redaktion zur Abstimmung über die Gesundheits„reform“ im Bundestag „Kein Sozialdemokrat kann diese Entscheidung akzeptieren!“

Die Kölner Redaktion der »Sozialen Politik & Demokratie« traf sich am 12. Februar zu einer ersten Diskussion über die Situation, die nach der Entscheidung im Bundestag am 2. Februar eingetreten ist, und um eine Bilanz der Initiative um den Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten zu ziehen.

Um bei letzterem zu beginnen: alle anwesenden KollegInnen fanden das Echo, auf das der Offene Brief in den letzten Wochen noch bis kurz vor der Abstimmung im Bundestag gestoßen war und wie es auch von den verschiedenen TeilnehmerInnen der Versammlung der Vertreter und Delegierten der UnterzeichnerInnen schon am 27. Januar dargestellt worden war, sehr gut und sehr beeindruckend.

In der Diskussion wurde auch noch einmal auf die Reaktionen der verschiedenen Abgeordneten eingegangen. Eine Kollegin zitierte einen Bericht von einer Ortsvereinsversammlung mit der baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis, in der diese ihr Abstimmungsverhalten im Bundestag ihren Genossen erklärt hat und im Nachhinein auch noch einmal die Unterstützung des Ortsvereins erhalten hat.

Das bestätigt die Erklärung von Wolfgang Wodarg, der zur Begründung seines „Neins“ im Bundestag erklärte: „Ich stimme deshalb gegen das Gesetz und werde weiter für den Erhalt unserer solidarischen Krankenversicherung kämpfen und möchte den Sozialdemokraten sehen, der das nicht will.“

In der Tat, kein Sozialdemokrat kann diese Entscheidung akzeptieren, die nicht nur ein Schlag gegen das gesetzliche Krankenversicherungssystem ist, sondern auch gegen die SPD, deren Fundamente und Grundlagen in Frage gestellt werden.

Wie der Presse zu entnehmen sei, so ein anderer Teilnehmer an der Diskussion, sei auch in der Bundestagsfraktion dieser Konflikt aufgebrochen, auch in der Form, dass gegen Karl Lauterbach und Wolfgang Wodarg polemisiert werde, sie hätten sich aufgeführt, als seien sie „die letzten Helden der Sozialdemokratie“. Das mache deutlich, dass es tatsächlich um die Grund-

Berliner KollegInnen bereiten die Delegation zur EU vor

Wir erleben, dass in allen europäischen Ländern im Namen der „Senkung der Kosten im Gesundheitswesen“ und des „Wettbewerbs“ Maßnahmen ergriffen werden, die das öffentliche Gesundheitswesen zerstören.

Soll man in dieser Gleichzeitigkeit einen bloßen Zufall sehen? Ist es nicht offensichtlich, dass überall die Politik der EU umgesetzt wird? Diese Fragen werden in einem Flugblatt aufgeworfen, mit dem die Berliner Redaktion zu einem Treffen einlädt für die Vorbereitung der Delegation der EU und zur Ausarbeitung einer Anklageschrift aus Deutschland, die im Rahmen eines Memorandums mit Beiträgen aus ganz Europa in Brüssel überreicht werden soll.

Mit der im Bundestag verabschiedeten Gesundheits„reform“ kommen auf die Krankenhäuser weitere drastische Kürzungen zu. Dazu gehört der Sanierungsbeitrag zur Stabilisierung der GKV (Gesetzlichen Krankenversicherung) von 1 Prozent, der für die **Berliner Charité** eine Etatkürzung von 5,7 Mio. Euro bedeutet. Für die 9 Krankenhäuser, die

zu **Vivantes** gehören, sind es 6,4 Mio. Euro.

Zusammen mit dieser Gesundheits„reform“ wirken sich z.B. in Berlin die seit Jahren vom Senat diktierten Kürzungen dramatisch aus.

Allein **Vivantes** hat seit 2000 schon 4.000 Stellen und zahlreiche Betten abgebaut. Bis 2010 sollen 1.600 Vollzeitstellen bei der Charité abgebaut werden. Der Krankenhausplan des Berliner Senats sieht den Abbau von weiteren 881 bis 2008 vor.

Mit der geplanten Insolvenzfähigkeit der Kassen kann den 700.000 bei der AOK versicherten BerlinerInnen schnell der Verlust ihrer Krankenversicherung drohen.

Die Berliner Redaktion lädt besonders die Beschäftigten der Charité und von Vivantes, aber auch der anderen Krankenhäuser und die GewerkschaftskollegInnen ein, an dem Memorandum mitzuarbeiten, sowie an der Delegation zur EU am 31. März 2007 teilzunehmen.

3 KollegInnen haben sich aus Berlin für die Delegation angemeldet. – c.b.

fragen der Existenz der SPD gehe.

In einem zweiten Teil der Diskussion wurde die Vorbereitung der Delegation nach Brüssel besprochen. Auf der Versammlung am 27. Januar waren Kolleginnen und Kollegen aus 5 Kliniken im Rheinland vertreten, darunter

zwei Unikliniken. Es wurde verabredet, in der zweiten Hälfte des kommenden Monats vor der Delegation nach Brüssel eine Veranstaltung zu machen, die von Vertretern dieser 5 Kliniken, die am 27. 1. anwesend waren, vorbereitet werden soll.

FOTO: Budapest, 28. Oktober 2006 – Gewerkschaftskundgebung mehrerer Berufsgruppen, darunter auch viele Krankenhausbeschäftigte.



Brief Nr. 2 an die UnterzeichnerInnen des europäischen Aufrufs »In ganz Europa muss die beschleunigte Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens sofort gestoppt werden!« ist erschienen mit einem Beitrag aus Ungarn.

In Vorbereitung sind die Briefe Nr. 3 und 4 mit Beiträgen aus Tschechien und aus Großbritannien (die Briefe können über die Redaktion bezogen werden).

„Ich werde weiter für den Erhalt unserer solidarischen Krankenversicherung kämpfen und möchte den Sozialdemokraten sehen, der das nicht will“ (Wolfgang Wodarg)

Aus Erklärungen von SPD-Bundestagsabgeordneten zu ihrer Ablehnung des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes (2. 2. 2007)

Wolfgang Wodarg:

„Das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz belastet unser Solidarsystem. Es treibt gerade jene Kassen in die Pleite, die sich um chronisch Kranke kümmern, und sorgt für Zulauf und gute Geschäfte bei den Privatversicherungen. (...) Was nützt es, wenn man neue Leistungen ins Gesetz schreibt, aber gleichzeitig diejenigen in den Ruin treibt, die diese Möglichkeiten wirklich umsetzen? Alte, chronisch Kranke, Behinderte und Sterbenskranke bleiben im verschärften Wettlauf der Kassen ums Überleben eine Last.

Und wer darauf hofft, dass die Versprechen der CDU/CSU zum Morbidity-RSA (Krankheitslastenausgleich zwischen den Kassen) und zum Basistarif für die Privaten Krankenversicherungen (...) wirklich umgesetzt werden, (...) setzt jetzt leichtfertig die durch die SPD hart erkämpften Errungenschaften einer solidarischen Gesundheitssicherung aufs Spiel. Ich stimme deshalb gegen das Gesetz und werde weiter für den Erhalt unserer solidarischen Krankenversicherung kämpfen und möchte den Sozialdemokraten sehen, der das nicht will.“

Das Solidarsystem wird geschwächt

Karl Lauterbach, Andrea Nahles, Niels Annen

„Dem Entwurf der Fraktionen von SPD und CDU/CSU eines ‘GKV – Wettbewerbsstärkungsgesetzes’ können wir nicht zustimmen. (...)“

Für diejenigen, deren Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze liegt, (wird) ein neuer Basistarif in der privaten Krankenversicherung geschaffen, der den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen abdeckt, für die Versicherten aber billiger ist als die Versicherung in der gesetzlichen Krankenkasse. Der Basistarif bietet einen starken Anreiz für bislang freiwillig gesetzlich Versicherte, das Solidarsystem zu verlassen. Ohne Risikoprüfung garantiert er eine Versorgung von hoher Qualität mit einer besseren Vergütung der Ärzte, wobei auch garantiert ist, dass der Beitrag nicht höher sein darf, als der für freiwillig Versicherte zu zahlende Beitrag der gesetzlichen Krankenkasse. Weil ein

Solidarbeitrag in den Gesundheitsfonds nicht anfällt, dürfte der Versicherte im Einzelfall bis zu 300 Euro im Monat beim Wechsel von der gesetzlichen Krankenkasse in den Basistarif einer privaten Krankenversicherung sparen. Nur derjenige, der mehr als die Versicherungspflichtgrenze verdient, erhält das Recht, sich aus dem Solidarsystem zu verabschieden und sich billiger und besser im neuen Basistarif zu versichern (...).

Dass weder die klassisch privat Versicherten noch die Mitglieder im neuen Basistarif in das Solidarsystem einzahlen, ist eine bittere Niederlage für die soziale Gerechtigkeit in Deutschland, genauso wie die Einführung von Kopfpauschalen ohne Arbeitgeberbeitrag oder Sozialausgleich.

Das Solidarsystem wird geschwächt und nicht gestärkt. (...)“

Gesetz verschärft die Armut von Hartz-IV-LeistungsempfängerInnen

Hilde Mattheis, Lothar Mark, Ewald Schurer, Klaus Barthel, Renate Gradistanac, Angelika Graf, Bärbel Kofler, Ottmar Schreiner

„(...) 4. Die geplanten Wahlleistungs- und Selbstbehalttarife führen zu einer weiteren Entsolidarisierung im Gesundheitswesen hin zu einer weiteren Privatisierung der Krankheitskosten. Die auf Druck der Privaten Krankenversicherungslobby und der CDU/CSU verschärften Regelungen beim Basistarif belasten die Solidargemeinschaft der



Gesundheitsministerin Ulla Schmidt vor der Verabschiedung des Gesetzes zur Gesundheits„reform“ im Bundestag (ein Demonstrant warf Flugblätter)

gesetzlichen Krankenversicherung weiter, weil sie zu einer Abwanderung bisher freiwillig Versicherter in die private Krankenversicherung führen werden.

5. Die Gesetzlichen Kassen haben für 2007 spürbare Beitragserhöhungen beschlossen. Diese Entwicklung ist im Zusammenhang steigender Lohnnebenkosten, die dem notwendigen Ziel einer Konjunktur Stabilisierung entgegenstehen, äußerst bedenklich. Die Stabilisierung des Bundeshaushalts ist auf ein weiteres, stabiles wirtschaftliches Wachstum unserer Volkswirtschaft angewiesen. (...)“

8. Das Gesetz verschärft die Armut von Hartz-IV-Leistungsempfängerinnen und -Empfängern, da der Zusatzbeitrag (Kopfpauschale), wenn das Kündigungsrecht aus unterschiedlichen Gründen nicht in Anspruch genommen wird, aus dem Regelsatz finanziert werden muss.

Auf Grund der skizzierten Kritikpunkte und der großen Bedenken gegen das vorliegende Gesamtpaket stimmen wir heute im Deutschen Bundestag gegen den Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung.“

Kerstin Bunz (Krankenschwester und ver.di-Vertrauensleutesprecherin in den Rheinischen Kliniken Köln)

„Erst müssen unsere Errungenschaften verteidigt werden“

Anmerkungen zum Artikel von Udo Eisner „Alternative Gedanken zur Gesundheitsreform“ in Nr. 158

ICH BRAUCHE keine Linke, die ein „tatsächliches Reformpaket kreiert“, ich brauche SPD-Mandatsträger, die die Zerstörung im Gesundheitswesen ablehnen.

Ich habe mit großem Interesse den Artikel von Udo Eisner gelesen. Das meiste, was dort steht, ist nicht neu und war zum Teil schon vorhanden. Ich persönlich kann mich daran erinnern, dass Zahnprothetik und Medikamente für Kassenpatienten zuzahlungsfrei waren.

Die Diskussion um Generika kam meines Wissens erst auf, als die Zuzahlungen begannen. Ich selber lehne die „Billigvariante“ ab. Ich finde, dass jedem das Originalpräparat in der Originalzusammensetzung zusteht. Ich habe aber als in der Psychiatrie tätige Krankenschwester mittlerweile einfach keine Lust mehr, von Patienten zu hören, dass sie wiedererkrankt sind, weil sie die Medikamente nicht einnehmen konnten, weil ihnen das Geld für die Zuzahlungen gefehlt hat. Oder sie ihre ärztliche Betreuung außerhalb der Klinik nicht wahrgenommen haben, weil sie die 10,- Euro sparen mussten.

Zu den Polikliniken kann ich nichts sagen, da ich persönlich nie dort behandelt wurde. Ich weiß aber aus vielen Gesprächen mit KollegInnen aus den neuen Bundesländern, dass diese sehr zufrieden damit waren.

Woher kommt die staatliche Fürsorge?

Zunächst wurden soziale Unfälle in der Dorfgemeinschaft geregelt, das erste Versicherungsprinzip tauchte später in den Zünften, Gilden und Bruderschaften des Handwerks auf. Daraus entwickelten sich die Knappschaften. Schlesische Bergleute beispielsweise zahlten anno 1505 zwei Heller je Gulden Lohn in eine „Büchsenkasse“. Damit wurden „arme, verlebte, schwache, verdorbene und beschädigte Bergleute“ unterstützt.

Im 19. Jahrhundert tauchten dann „Hilfskassen“ für Fabrikarbeiter auf. Alfred Krupp gründete 1836 in seiner Gußstahlfabrik für 50 Mitarbeiter eine Betriebskrankenkasse. Ab 1855 verpflichtete er sie zum Beitritt und übernahm im Gegenzug 50% der Beiträge. Das war die Geburtsstunde der „Parität“ zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Dennoch gilt Reichskanzler Otto von Bismarck als Vater der deutschen Sozialversicherung, denn er führte 1883 die gesetzliche Krankenversicherung als Pflichtversicherung in ganz Deutschland ein. Zu diesem Zeitpunkt hatten die sozialen Auswirkungen der Industrialisierung einen Höhepunkt erreicht. Ehemalige Bauern schufteten in dunklen Fabrikhallen, wohnten beengt und wurden häufig nicht älter als 35 oder 37 Jahre – derselbe Durchschnitt wie in der Steinzeit in Europa.

1884 folgte die Unfallversicherung, 1891 die Rentenversicherung als letzter Akt der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung. Sie sah eine Altersrente ab dem 70. Lebensjahr vor, sowie eine Invalidenrente bei Erwerbsunfähigkeit. (Welche Rentenart öfter ausgezahlt wurde, kann sich jeder denken).

In der Weimarer Republik erlebte der Sozialstaat einen Aufschwung. Zwar gab es seit 1911 schon die Erwerbslosenfürsorge mit einer Bedürftigkeitsprüfung, die an den heutigen Hartz-IV-Fragebogen erinnert.

1927 wurde daraus die Arbeitslosenversicherung entwickelt, die kurz darauf infolge eines harten Winters mit schwacher Konjunktur jedoch in Finanzschwierigkeiten geriet.

Es folgte eine Phase der Beitragserhöhungen, im Gesundheitswesen begleitet von Debatten über Leistungskürzungen und freie Arztwahl. Schließlich sah sich Reichskanzler Franz von Papen gezwungen, die Arbeitslosenhilfe fast auf Sozialhilfeniveau, die damalige Armenfürsorge, abzusenken.

Im Dritten Reich wurden die verschiedenen Krankenkassen unter einer nationalsozialistischen Organisation zusammengefasst.

Das Wirtschaftswunder nach dem Krieg ermöglichte einen schnellen Ausbau des Gesundheitswesens. In der Rentenversicherung leistete man sich 1957 auch den Übergang zur Umlagefinanzierung. Statt Rücklagen zu bilden, wurden 15% der Bruttolöhne abgeführt und sofort für Rentenzahlungen verwendet. Das ermöglichte eine deutliche Rentenerhöhung.

Ende der 60er Jahre begann als erstes das Gesundheitssystem zu kippen. Die Ausgaben stiegen immer schneller als die Einnahmen.

1989 versuchte Sozialminister Norbert Blüm mit einem „Gesundheitsreformgesetz“ einzugreifen. Zwischenzeitlich wurde 1995 noch die Pflegeversicherung eingeführt. Seitdem gibt es im Abstand von 2 Jahren immer wieder Reformversuche bei Gesundheit, Rente und Arbeit – zuletzt die Hartz-Gesetze und 2004 das Gesundheitsreformgesetz mit Praxisgebühr und Zuzahlung für Medikamente.

In den 80er Jahren begannen die Einsparungen bei den Krankenversicherungen zuerst bei den Zuzahlungen bei Zahnprothetik und Brillen.

In 16 Jahren Regierung Kohl wurde unser Gesundheitswesen durch Blüm und Seehofer nachhaltig zertrümmert.

Die Regierung Merkel setzt diese Zerstörung jetzt massiv fort. Gerade gegen diesen generalisierten Angriff können wir – die Bevölkerung – gar nicht genug protestieren und uns an die Mandatsträger der SPD wenden, da wir, wenn wir die Reste unserer Errungenschaft als ArbeitnehmerInnen nicht verteidigen können, keine Gesundheitsversorgung mehr haben werden. Wir können so viele Vorschläge entwickeln, wie wir wollen, jetzt gilt es die Reste zu verteidigen.

Ein erster Schritt kann sein, die 83 persönlichen Erklärungen der Abgeordneten, die am 02. Februar 2007 schriftlich zu Protokoll gegeben wurden, zu prüfen.

Darüber hinaus gilt es, sich mit Abgeordneten wie Wolfgang Wodarg und Karl Lauterbach zu verbinden, um dem Fraktionsvorsitzenden Peter Struck zu zeigen, dass wir anerkennen, wenn MandatsträgerInnen sich nicht mit Ausschussausschlüssen drohen lassen, sondern ihre Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung wahrnehmen, nicht allem zuzustimmen, was ihnen vorgeschrieben wird.

Insgesamt muss jetzt natürlich auch Kontakt zu Andrea Nahles und Ottmar Schreiner und den anderen 16 „Neinstimmern“ der SPD aufgenommen werden.

Gedanken über mögliche Verbesserungen kann man sich machen, wenn man die Reste gegen die Regierung Merkel und somit gegen das Diktat der EU verteidigt hat.

H.-W. Schuster (SPD, AfA-UB-Vorsitzender, ver.di)
**Es geht um „das bestmögliche Verhältnis zwischen
 gesundheitlichem Nutzen und den Kosten von Produkten und Behandlung“**

Die Angriffe der EU auf die Gesundheitsversorgung nehmen an Schärfe zu

Die UnterzeichnerInnen des Aufrufs „In ganz Europa muss die beschleunigte Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens sofort gestoppt werden!“ bereiten eine Delegation zur EU vor, um ein Memorandum zu überreichen. Im Folgenden drucken wir einige Überlegungen von H.-W. Schuster dazu ab.

Zu ihren aktuellen Zielen macht die EU-Kommission erhellende Mitteilungen im „Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2007“ (KOM(2006) 629 endg., 24.10.06), in dem es u.a. heißt: „Entscheidend für das Wohlbefinden der Menschen sind ihre Gesundheit, eine saubere Umwelt sowie die Dienste, die ihnen zur Verfügung stehen. In einem Weißbuch zur Gesundheitsstrategie wird dargelegt, wie Europa im Gesundheitsbereich tätig werden kann. Es soll dazu beitragen, die Gesundheitspolitik in Europa so effizient wie möglich zu gestalten, um ... Gesundheit zu fördern und einen Beitrag zur künftigen Wettbewerbsfähigkeit zu leisten.“

Jeder, der die vorliegenden Grünbücher zum Thema („Förderung gesunder Ernährung und körperlicher Bewegung: eine europäische Dimension zur Verhinderung von Übergewicht, Adipositas und chronischen Krankheiten“, (KOM(2005) 637 endgültig, 8. 12. 05) und „Die psychische Gesundheit der Bevölkerung verbessern – Entwicklung einer Strategie für die Förderung der psychischen Gesundheit in der Europäischen Union“, (KOM(2005) 484 endgültig, 14. 10. 05)) kennt, kann erahnen, welche Dimensionen die Angriffe annehmen werden.

Dazu einige Zitate aus den beiden Grünbüchern:

„Die Bekämpfung von Übergewicht und Adipositas ist somit nicht nur aus Sicht der öffentlichen Gesundheit wichtig, sondern soll auch die Langzeitkosten des Gesundheitswesens senken und die Volkswirtschaften stabilisieren, indem die Bürger in die Lage versetzt werden, auch im Alter ein produktives Leben zu führen. Dieses Grünbuch dient dazu zu bestimmen, ob Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene dazu beitragen können, die Gesundheitsrisiken zu verringern, die Kosten im Gesundheitswesen einzudämmen und die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften der Mit-

gliedstaaten zu erhöhen, indem sie die Aktivitäten der Mitgliedstaaten ergänzen.“ (KOM(2005) 637)

„Ergänzt“ nicht gerade in diesen Tagen die Bundesregierung genau an dieser Stelle? Es geht um die in die neue Antireform integrierte „Verpflichtung der Versicherten gegenüber der Versicherungsgemeinschaft zu gesundheitsbewusstem und eigenverantwortlichem Verhalten“. Danach soll das solidarische Prinzip, wonach der, der Hilfe benötigt, Hilfe erhält, unabhängig vom Grund des Hilfebedarfs, in sein Gegenteil verkehrt werden: Hilfe erhält, wer sich „therapiegerecht verhalten hat“. Ansonsten haben Chroniker, Krebspatienten usw. mit erhöhten Zuzahlungen zu rechnen.

Die EU-Kommission bedient sich der Mittel des Reichsnährstandes

Die EU-Kommission verbindet diesen Schritt nun konsequent mit der Darlegung der „Fakten“, damit klar ist, warum bestraft werden muß: „In den USA belaufen sich die vom Center of Disease Control (CDC) geschätzten, auf



Plakat der Nazis

Adipositas zurückzuführenden Gesundheitsversorgungskosten auf 75 Mrd. \$.

Auf den Einzelnen angewandt bedeutet dies, dass ein durchschnittlicher fettleibiger US-amerikanischer Erwachse-

ner jährlich dem Gesundheitssystem etwa 37% höhere Kosten verursacht als ein Durchschnittsbürger mit normalem Gewicht. Bei diesen direkten Kosten ist eine geringere Produktivität aufgrund von Behinderung und vorzeitigem Tod nicht berücksichtigt.“

Es ist unübersehbar! Die permanenten Verweise auf die Kosten, die Neudeutung der Begriffe Prävention oder Prophylaxe, die nicht länger Maßnahmen zur Vermeidung potentieller Probleme sein sollen, sondern Diktate, denen zu folgen ist, haben ihre Vorläufer. In Deutschland fand dieses Diktat seinen Ausdruck in der faschistischen Propaganda z.B. des Reichsnährstandes:

Im Grünbuch zur psychischen Gesundheit – „die Kosten psychischer Erkrankungen betragen schätzungsweise 3 %–4 % des BIP, hauptsächlich als Folge von Produktivitätsverlust“ – lesen wir außerdem u.a.:

„Psychische Erkrankungen verursachen erhebliche Kosten und belasten das Wirtschafts-, Sozial- und Bildungssystem sowie das Strafverfolgungs- und Justizsystem.“

Es geht also um die Entwicklung der politischen Grundlage des Kahl-schlags, um die europaweite Durchsetzung der Kostensenkungsprogramme im Bereich des Gesundheitswesens.

„Nach wie vor kommt es zu Stigmatisierung, Diskriminierung und Missachtung der Menschenrechte und der Menschenwürde psychisch kranker und geistig behinderter Menschen. Dies stellt europäische Grundwerte in Frage.“

Was tun? „Die Integration der psychischen Gesundheit in die stationäre Behandlung in Krankenhäusern kann demzufolge die Hospitalisierungsdauer erheblich verkürzen und dadurch Kosten einsparen helfen.“

„Die Deinstitutionalisierung der psychiatrischen Versorgung und eine entsprechende Betreuung in der Primärversorgung, in Gemeinschaftszentren und in Allgemeinkrankenhäusern – angepasst an die Erfordernisse der Patienten und der Angehörigen – können die soziale Integration unterstützen. Eine Unterbringung in großen psychiatrischen Krankenhäusern und Anstalten verschlimmert eher das Stigma.

(Forts. Seite 8 oben)

In der Reform der psychiatrischen Versorgung kommt man in vielen Ländern ab von der Betreuung in großen psychiatrischen Anstalten zugunsten einer gemeindenahen Versorgung.“

Was hier in gesetzeten Worten daher kommt, drückt sich in Zahlen z.B. folgendermaßen aus: 1.000 Betreuungsplätze für geistig und psychisch behinderte Menschen in Heimen sollen im Rheinland nach den Vorgaben des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) als überörtlichem Träger der Sozialhilfe abgebaut werden. Natürlich geht es einzig und allein um die Senkung der Kosten. Die Kommunen als Träger des LVR sind in Folge einer Steuerpolitik, die das Kapital massivst entlastet, ruiniert.

Die „Deinstitutionalisierung“ dient als ideologische Basis zur Gewinnung der „Zivilgesellschaft“ für Maßnahmen, deren einziges Ziel die Senkung der Kosten ist. Die dazu gehörende „Logik“ der EU-Kommission: „Ärztliche Interventionen tragen zwar erheblich zur Problemlösung bei...“ Aber: „Patientenorganisationen und die Zivilgesellschaft sollten in der Lösungsfindung eine Vorreiterrolle spielen.“

Mit dem „GKV Wettbewerbstärkungsgesetz – GKV WSG“ verabschiedete der Bundestag am 2. 2. 2007 ein Gesetz zur Privatisierung der GKV, die

zugunsten der privaten Krankenversicherung (PKV) und der Zersetzung der Selbstverwaltung zerschlagen wird. Auf diese Weise wird die GKV vom Wachstums- und Stabilitätspakt der EU erfasst und endgültig Gegenstand des Maastricht-Kriterien. War die GKV bisher im Kern vom Wettbewerb abgeschottet, soll jetzt das „Monopol“ der Kassen, d.h. der Versichertengemeinschaft, gebrochen werden.

Die weiteren Zweige der Sozialversicherung in Deutschland sollen folgen: Rente ab 67 usw. Das GKV WSG ist ein Gesetz, das die rechtlichen Grundlagen im deutschen Gesundheitswesen „EU-kompatibel“ machen soll. Dies wird v.a. im neuen Element der Ausgrenzung von Risiken (wer sich nicht therapiegerecht verhält, zahlt mehr usw.), der Bonusregelungen usw. deutlich. Damit wird die Solidargemeinschaft zerstört!

Die Regierung der Großen Koalition konnte mit diesem Gesetz zweifelsohne nicht bis zu Ende gehen. Wir sind aber jetzt an dem Punkt angekommen, wo die Parität stark beschädigt und die Solidarität aufgebrochen werden soll. Damit sind die Grundlagen dessen, was die Arbeiterschaft in Deutschland mit den Gewerkschaften und durch die SPD aufgebaut hat, schwer beschädigt.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Arzt, Wolfgang Wodarg, hat dies aufge-

nommen mit seiner Erklärung vom 2. 2. 2007, mit der er sein Nein zum Gesetz begründete: „Das GKV Wettbewerbstärkungsgesetz belastet unser Solidarsystem. Es treibt gerade jene Kassen in die Pleite, die sich um chronisch Kranke kümmern, und sorgt für Zulauf und gute Geschäfte bei den Privatversicherungen. (...) Was nützt es, wenn man neue Leistungen ins Gesetz schreibt, aber gleichzeitig diejenigen in den Ruin treibt, die diese Möglichkeiten wirklich umsetzen? Alte, chronisch Kranke, Behinderte und Sterbenskranke bleiben im verschärften Wettlauf der Kassen ums Überleben eine Last.“ Er ergänzt, dass derjenige, der auf die ausstehenden Zusagen von CDU/CSU hofft, „jetzt leichtfertig die durch die SPD hart erkämpften Errungenschaften einer solidarischen Gesundheitssicherung aufs Spiel (setzt). Ich stimme deshalb gegen das Gesetz und werde weiter für den Erhalt unserer solidarischen Krankenversicherung kämpfen und möchte den Sozialdemokraten sehen, der das nicht will.“

Wie aber soll es möglich sein, im Rahmen der Großen Koalition, die dem Diktat der EU folgt, das Gesundheitswesen zu verteidigen, die paritätische Finanzierung und den Rahmen der Solidargemeinschaft der Versicherten zurück zu erobern und wieder herzustellen?

In Deutschland, England, Frankreich, Italien, Ungarn, in allen europäischen Ländern, in West wie Ost, wird die Bevölkerung von „Reformen“ im Gesundheitswesen und des sozialen Sicherungssystems mit dramatischen Folgen getroffen.

Krankenhausbeschäftigte, Ärztinnen und Ärzte, GewerkschafterInnen aus ganz Europa schlagen Alarm: In ganz Europa muss die beschleunigte Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens sofort gestoppt werden!

Bis zum 12. Februar hat dieser Alarmaufruf 474 UnterzeichnerInnen aus 17 europäischen Ländern gefunden. Wie in Deutschland gegen die Gesundheits„reform“, erhebt sich die Bevölkerung nach und nach in ganz Europa... 100.000e gegen diese Reformen, gegen Krankenhausschließungen und Bettenabbau, gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen für die Krankenhausbeschäftigten und Ärzte.

So gibt es massiven Widerstand in **England** gegen die Zerstörung des NHS (nationalen Gesundheitssystems) durch die Einführung von PPP;

in **Italien** gab es zwei Generalstreiks gegen die drastischen Kürzungen im Gesundheitsbereich;

in **Spanien** gab es Streiks in den Krankenhäusern gegen Kürzungen und die Einführung von PPP;

Ein Student aus **Tschechien** schrieb: „Unser Gesundheitssystem garantiert die kostenlose Behandlung in den Krankenhäusern. Die Medikamente werden von der öffentlichen Krankenversicherung bezahlt. Die neue Regierung will Zuzahlungen der Kranken für Medikamente, Aufnahme- und Tagesgebühren für die Krankenhäuser durchsetzen.“

In ihrem Beitrag beschreibt die Gewerkschaftsverantwortliche im Krankenhaus Tatabanya, Kollegin Beer, wie die Regierung über „Reform“gesetze die Zerstörung des Gesundheitswesens in **Ungarn** vorantreibt. „Die Regierung begründet alle ihre Beschlüsse mit dem Konvergenzprogramm der EU.“ (Siehe Brief Nr. 2 an die UnterzeichnerInnen des europäischen Aufrufs.)

Ist es nicht die genaueste Umsetzung der Mitteilung der Europäischen Kom-

mission vom 22. Dezember 2005, die den Mitgliedstaaten befiehlt, „die Gesundheitsversorgung anzupassen (...), indem sie die Beschäftigten im Gesundheitswesen und die Patienten, die Nutznießer der Behandlung sind, zur Verantwortung ziehen“?

Dokumente zur Vorbereitung der Delegation zur EU, um eine Anklageschrift zu überreichen, die von Krankenhausbeschäftigten, Ärztinnen und Ärzten, GewerkschafterInnen aus ganz Europa erarbeitet wird, werden in dem »Europäischen Bulletin für eine Europäische Arbeitnehmerverbindung« veröffentlicht (bisher sind 3 Nummern erschienen, Preis je 3 Euro).

Sie können über die Adresse der Redaktion bezogen werden, wie auch die Briefe an die UnterzeichnerInnen des europäischen Aufrufs.

Michael Altmann (SPD, Mitglied im AfA-Bezirksvorstand, ver.di)

HESSEN • Verlangt die Ablösung der Regierung Koch nicht, dass die SPD in Hessen nein sagt zur Politik der Großen Koalition?

Mit der Spitzenkandidatur der hessischen SPD-Landesvorsitzenden Andrea Ypsilanti verbinden sich viele Hoffnungen, die CDU-Koch-Regierung in der Landtagswahl im Januar 2008 abzulösen. Koch aber ist nur zu schlagen, wenn die Glaubwürdigkeit der SPD als politische Vertretung der Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder hergestellt wird, d.h. durch die Entscheidung für wirkliche sozialdemokratische Politik. Aber verlangt das nicht, sich von der Politik, die der SPD in der Großen Koalition in Berlin aufgezwungen wird, zu befreien?

Klaus Wesemann, stellvertretender Vorsitzender im SPD-Ortsverein Eschersheim und AfA-UB-Vorstandsmitglied, hat auf der Jahreshauptversammlung seines Ortsvereins einen Antrag für die Rücknahme von Hartz IV eingebracht, der mit großer Mehrheit beschlossen wurde:

Hartz IV:

»Von der Spitzenkandidatin für die Hessenwahl, Andrea Ypsilanti, ist zu fordern, dass sie den nachfolgenden Text Wort für Wort oder zumindest sinngemäß in das Wahlprogramm 2008 der Hessischen SPD aufnimmt:

„Wir sind uns bewusst, dass mit der Einführung der so genannten Hartz-Gesetze viele Probleme geschaffen wurden, die besonders traditionelle Wählerschichten unserer Partei als Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Existenz empfinden.(...)“

Wir bekennen uns zu der Forderung, dass jede Arbeit in Deutschland existenzsichernd entlohnt und durch das gültige Arbeitsrecht abgesichert sein muss. (...)

Wir werden, wenn wir die Hessische Landesregierung stellen, Druck auf die Bundesregierung ausüben, die Hartz-IV-Gesetzgebung entsprechend zu ändern.

Begründung:

(...) Die SPD hat seit Einführung der Hartz-Gesetze alle Wahlen in dieser Republik und ein Viertel ihrer Mitglieder verloren. Außer dass die Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt mit einer grandiosen Niederlage für den SPD-Kandidaten endete, ging die Mehrheit der Bürger nicht zur Wahl. Die Erfah-

rung der letzten Jahre brachte sie zu der Überzeugung, an der ungerechten Politik doch nichts ändern zu können. (...)

Von Anfang an diente Hartz IV der Wirtschaft als Hebel, für alle Arbeitnehmer Arbeitsbedingungen und Löhne zu verschlechtern.

Wenn die SPD wieder das Vertrauen der Arbeitnehmerschaft, ihrer Stammwähler, zurückgewinnen will, muss sie sich dazu bekennen, dass diese Politik ein Irrweg ist. Nur dann wird sie wieder Wahlen gewinnen können. (...)“«

Kostenfreie, qualifizierte schulische Bildung für alle in Hessen

Eltern, Lehrer und Schüler wollen sich mit einem Offenen Antrag an den Wahlparteitag der hessischen SPD wenden, damit ihre Forderungen von der SPD zum Kampf gegen die Koch-Regierung aufgenommen werden. Dazu haben sie sich an einen SPD-Ortsverein gewandt, um einen solchen Antrag auf den Weg zu bringen.

Der Frankfurter SPD-Ortsverein Nordweststadt-Süd hat diesen Antrag auf seiner Jahreshauptversammlung beschlossen.

»Die SPD Nordweststadt-Süd wendet sich gemeinsam mit den LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen der Nordweststadt an die Spitzenkandidatin der SPD, Andrea Ypsilanti, gemeinsam mit ihnen für eine kostenfreie, qualifizierte schulische Bildung für alle in Hessen einzutreten. Das entspricht auch den Zielsetzungen der Hessischen Verfassung (Art. 59).

(...) Gemeinsam mit den Eltern und LehrerInnen des AK Bildung des OV Nordweststadt-Süd und auf der Bildungsveranstaltung mit Ludwig von Friedeburg und Gernot Grumbach wurden bisher drei Forderungen herausgearbeitet, die die SPD in der Regierung umsetzen wird.

1. Rücknahme der sogenannten Unterrichtsgarantie plus – des Bluffs, der den Eindruck erwecken soll, dass es

diese unter Koch/Wolff gegeben habe. Der Einstieg in eine Entqualifizierung des Lehrpersonals und damit der Qualität des Unterrichts muss rückgängig gemacht werden.

2. Rücknahme der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit („G 8“) und aller Maßnahmen des Schulgesetzes, die zur Selektion von Schülerinnen und Schülern (...) führen und geführt haben. (...)

3. Vollständige Erfüllung der Unterrichtsversorgung, die eine sogenannte Unterrichtsgarantie plus mit dem Einsatz ungenügend qualifizierten Personals überflüssig macht. (...)

Wer die Bildung als zentrales gesellschaftliches Anliegen sieht, wer für „eine kostenfreie, qualifizierte schulische Bildung für alle in Hessen“ eintreten will, der muss Geld in die Hand nehmen.«



Außerdem unterstützt der SPD-Ortsverein Nordweststadt-Süd den Kampf der Uni-Angehörigen gegen die Umwandlung der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in eine Stiftungsuniversität.

„(...) Wir fordern den SPD-Parteivorstand in Wiesbaden und Frankfurt und die SPD-Landtagsfraktion auf, diese Entstaatlichung und Privatisierungsstrategie für eine der Gesellschaft verpflichtete Hochschule zurückzuweisen. (...) Wir Sozialdemokraten müssen diese Politik der Ungleichheit, Entstaatlichung und Privatisierung und Entqualifizierung für die Masse der Studenten durch die CDU-Landesregierung massiv bekämpfen! (...)“ (aus der Begründung)

Private sollen Schulen übernehmen

Der Berliner »Tagesspiegel« vom 17. 01. 2007 berichtet darüber, dass drei Berliner Bezirke die Teilprivatisierung von Schulgebäuden überlegen, um Geld zu sparen.

„Viele Berliner Schulen sind in erbärmlichem Zustand. Der Sanierungsbedarf liegt bei etwa 1,5 Milliarden Euro; doch die Landeskasse ist leer. Als letzter von drei Musterbezirken hat jetzt Reinickendorf eine Machbarkeitsstudie zur Teilprivatisierung der Unterrichtsgebäude gestartet. Sie ist der erste Schritt für die mögliche Vergabe der Gebäudeunterhaltung im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP). Allein Reinickendorf bräuchte etwa 80 Millionen Euro. Doch nur maximal drei Millionen Euro erhält der Bezirk jährlich aus dem Schul- und Sportanlagen Sanierungsprogramm des Senats. Dazu kommen noch einmal rund 5,5 Millionen Euro an Unterhaltungsmitteln für sämtliche öffentlichen Gebäude.“

ÖPP soll jetzt die dringend notwendigen Schulsanierungen möglich machen.

„Was macht ÖPP so reizvoll?“, diese Frage wirft Gerlinde Schermer (ehem. SPD-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus) in ihrer ÖPP-Broschüre auf: „ÖPP oder PPP (original englisch: Public Private Partnership) ist – nach Eigendefinition der Berater – eine ‘Beschaffungsvariante’. Dem Staat wird Geld angedient, das er teuer zurückzahlen muss.“

Gegenstand des Kreditgeschäfts ist immer die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben, deren profitabler Teil in verschleiern, komplizierten Verträgen – mit bis zu 17.000 Seiten – für bis zu 30 Jahre privatisiert wird.

Geldmangel hat der Staat bislang durch schlichte Kreditaufnahme bei Banken behoben. Und da der Staat ein sicherer Schuldner ist, bekommt er Kredite immer zu günstigsten Konditionen. **An einer solchen Kreditaufnahme verdienen zwar die Banken – nicht besonders gut, aber sicher – und niemand sonst. Insbesondere verdienen die ‘Berater’: nichts.**“

Weiter stellt sie fest: „Alle ÖPP-Projekte und Großprivatisierungen in Berlin haben den Berlinerinnen und Berlinern nur geschadet: Der Verkauf der Bewag an Southern Energy (USA), der Verkauf der Gasag an Gaz de France, die Bankgesellschaft Berlin, das ÖPP-Modell ‘Teilprivatisierung der Wasserbetriebe’ an die Konzerne Vivendi und RWE.“

Gerlinde Schermer geht auch auf das Beispiel Schule ein: „In Berlin sind sehr viele Schulen sanierungsbedürftig. (...)“

Die Beraterfirmen (behaupten) einen ‘Sanierungsstau’ an 840 Schulen, dessen Behebung rund 1.600.000.000,- Euro erfordere.

Wie hoch der Sanierungsbedarf an den Berliner Schulen wirklich ist, weiß niemand. (...) Niemand hat die 840 Schulen im Einzelnen untersucht. Das würde die ‘Botschaft’ der Berater auch zerfasern lassen und ihr die Durchschlagkraft rauben. (...)

Dies alles verbietet es, einen ÖPP-Vertrag, der die Sanierung von 840 Schulen auf einen Schlag zum Gegenstand hat, abzuschließen!“ Aber wird versprochen, mit ÖPP werden wir die Sanierung schaffen. Und „die Berater behaupten frech, dass das Projekt den Staat 20% weniger kostet als die konventionelle Beschaffung und Bewirtschaftung.“

Dies ist eine erstaunliche Feststellung, wenn man bedenkt, dass die Privaten, die diese Sanierungen übernehmen, ihre Kredite erheblich teurer aufnehmen müssen, die Banken also mehr verdienen.

An ÖPP profitieren aber nicht nur die Banken. Viele andere wollen an die ‘Staatsknete’:

Der Generalunternehmer, die Beraterfirmen, (...) und die Immobilienberater.

(...) Wo sollen diese zusätzlichen enormen Kosten eingespart werden? Wodurch werden dann **noch darüber hinaus** die versprochenen **zusätzlichen weiteren 20% Kostenersparnis** herkommen? (...)

• Z.B. bei den kleinen Handwerkern und deren Mitarbeitern, die durch private Firmen als Subunternehmer besser erpresst werden können als durch staatliche Bauämter. (...)

Gerlinde Schermer hält als ihr Reümee u.a. fest: „Die Bundestagsfraktion der SPD hat am 1. Juli 2005 das ‘ÖPP-Beschleunigungsgesetz’ ohne parlamentarische Beratung durch den Bundestag gepeitscht. (...) **Wer verhindern will, dass dieses Modell angewendet wird, muss daher vor Ort – in den Ländern, Städten und Gemeinden – dafür sorgen, dass dieses Modell abgelehnt wird.** Das wird schwer genug und erfordert die Aufmerksamkeit aller Kommunalpolitiker und Bürger.“

Und allen muss klar sein: Ein ÖPP-Projekt ist nur in der Anfangsphase zu stoppen.“

(Die Broschüre zum ÖPP, aus der wir hier mit freundlicher Genehmigung von Gerlinde Schermer zitiert haben, kann über die Redaktion bezogen werden.) (c.b.)

Bürgerbegehren „Mülheim bleibt unser!“

„Soll die Stadt Mülheim es in Zukunft unterlassen, in Bereichen der Daseinsvorsorge Gesellschaftsanteile, Gebäude und/oder deren Betreuung an nicht gemeinnützige Private zu übertragen?“

(insbesondere in den Bereichen Entsorgung, Stadtentwässerung, Versorgung mit Energie und Wasser, öffentlicher Personennahverkehr, Altenpflege, Schulen, Kindergärten und -tagesstätten, öffentliche Wege, Straßen, Plätze, Grünanlagen, Schienen- und Wasserwege sowie zugehörige Anlagen usw.)

Begründung

Der erfolgreiche Bürgerentscheid vom 27. Februar 2005 untersagte es der Stadt Mülheim, im Bereich der Daseinsvorsorge Gesellschaftsanteile auf Private zu übertragen. Die Stadt ist rein formal nur zwei Jahre an diesen Bürgerentscheid gebunden. (...)

Demnächst sollen (...) etliche Schulgebäude als sog. PPP bzw. ÖPP (Öffentlich-Private Partnerschaft) privaten Firmen übergeben und von ihnen betrieben werden. (...) Kindergärten, städtische Altersheime, Straßen usw. könnten die nächsten ÖPP-Projekte sein. Bisherige PPP-Beispiele – Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen, Schulzentrum Frankfurt-

Ostend, Hamburger Krankenhäuser u.v.m. – haben sich als folgenschwere Irrwege erwiesen: Transparenz geht verloren und demokratische Kontrolle wird ausgehebelt!

Langfristige Verschuldung wird zementiert – auf Kosten unserer Kinder und Enkel! Konflikte und überteuerter Rückkauf sind häufig vorprogrammiert!

Arbeitnehmer in PPP-Projekten müssen mit weiterer Arbeitsverdichtung, Arbeitsplatzabbau und Absenkung bisheriger Standards rechnen.

Die Konferenz des Landesbezirksfachbereichs 7 Berlin-Brandenburg hat einen Antrag an die LBzFBK zur Weiterleitung an die BuFBK zur Ablehnung von PPP durch ver.di beschlossen:

„Statt PPP fordert ver.di eine Umkehr der Politik der Skelettierung der öffentlichen Haushalte hin zu einer Politik, die eine angemessene Finanzierung öffentlicher Aufgaben durch eine Steuerpolitik, die nicht weiter eine Umverteilung von unten nach oben betreibt, sicherstellt.“

Dies muss auch in den Positionen des Bundesvorstandes klar zum Ausdruck kommen.“

Über die Kampagne des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB für „menschwürdige Arbeit“ Vorbild des IGB: die Europäische Union

Am Sonntag, den 21. Januar, hat der Internationale Gewerkschaftsbund IGB im Rahmen des Weltsozialforums in Nairobi (Kenia) seine erste internationale Kampagne mit der Losung „Für eine menschenwürdige Arbeit (*) für ein menschenwürdiges Leben“ gestartet.

Der IGB stellt sofort klar: »„Für eine menschenwürdige Arbeit für ein menschenwürdiges Leben“ ist eine gemeinsame Kampagne des Internationalen Gewerkschaftsbundes, des Forum progressiste mondial, von Social Alert und Solidar.« Die drei IGB-Partner haben wir im Kasten kurz charakterisiert.

Kommen wir zu der entscheidenden Frage: Was ist „menschenwürdige Arbeit“? Im französischen Larousse-Lexikon heißt es „den Mindestnormen entsprechend“. Der IGB-Text ist vage genug formuliert, damit jeder sich darin wieder findet. Man liest darin Sätze wie: „Aufzeigen, dass die ‘menschenwürdige Arbeit’ die einzige dauerhafte Lösung zur Bekämpfung der Armut ist“, oder auch: „‘Menschenwürdige Arbeit’ muss eine menschenwürdige Entlohnung ermöglichen, damit der Arbeitnehmer und seine Familie in Würde leben können.“

Aber warum werden mit keinem Wort die existierenden Arbeitsgesetze und die kollektiven Tarif- und Dienstrechtsverträge erwähnt? Warum sind diese hochtrabenden Formulierungen so ungenau? Im folgenden finden wir eine Antwort darauf.

Wenige Wochen vor dem Start dieser Kampagne über die „menschenwürdige Arbeit“ haben der IGB und der EGB am 4. Dezember 2006 ein unmißverständliches gemeinsames Communiqué herausgegeben:

„Der IGB und der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) begrüßen es, dass der Rat der Europäischen Union ein Dokument über die Politik auf dem Gebiet der ‘menschenwürdigen Arbeit’ verabschiedet hat, in dem erklärt wird, dass sie die Grundlage für eine schlüssige und umfassende Strategie der Europäischen Union bilden muss.“ Im gleichen Dokument bringt der IGB-Generalsekretär, Guy Ryder, es auf den Punkt: „Wir freuen uns über die Unterstützung des Rates der Europäischen Union für die Globalisierung der ‘menschenwürdigen Arbeit’ (...). Die Schlussfolgerungen müssen jetzt zu einer konkreten Aktion führen.“

(*) Was in der deutschen Übersetzung des IGB-Programms mit „menschenwürdiger Arbeit“ übersetzt wird, heißt im englischen Original unverhohlener und offener „decent work“, zu übersetzen nach Pons mit „annehmbare Arbeit“.

Damit wäre also die Europäische Union das Vorbild für den IGB? Die gleiche Europäische Union, die nach und nach alle öffentlichen Dienste privatisiert, die die öffentlichen Haushalte in die Zwangsjacke des Stabilitätspaktes presst und den Regierungen befiehlt, die umlagefinanzierten Rentensysteme zu zerschlagen...

Was ist auf der Ratstagung der Europäischen Union passiert, dass sich IGB und EGB vor Freude überschlagen? Genau gesagt handelt es sich um den Rat der EU-Minister für Arbeit und Soziales am 30. November und 1. Dezember 2006, der am gleichen Tag einerseits ein Dokument namens „Menschenwürdige Arbeit für alle“ verabschiedet hat, mit einem so schwerverständlichen Text wie dem des IGB..., aber andererseits ein Dokument namens „Modernisierung des Arbeitsrechts“.

Was bedeutet „Modernisierung des Arbeitsrechts“? Den Angriff auf unbefristete Arbeitsverträge und die Ausbreitung der Flexibilisierung

In dem Dokument heißt es: „Der Rat hatte einen ersten Meinungsaustausch über das Grünbuch der Kommission mit dem Titel »Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts« (...). Die meisten Delegationen haben betont, dass eine größere Flexibilität auf den europäischen Arbeitsmärkten nötig sei (...). Sie haben außerdem hervorgehoben, dass die größere Flexibilität einhergehen müsse mit einem Niveau der Mindeststandards, das einvernehmlich für die Arbeitsbedingungen in Annäherung an die Flexicurity festgelegt wird.“

Da haben wir es! Alle geschraubten und abstrakten Formulierungen des IGB über die „menschenwürdige Arbeit“ können einfach entschlüsselt werden: es geht um die EU-„Flexicurity“ und die entsprechenden Vorschläge im Grünbuch der Brüsseler Kommission.

Dieses Grünbuch, das am 22. November 2006 von der EU-Kommission vorgestellt wurde, ist völlig gegen das Prinzip unbefristeter Arbeitsverträge gerichtet. Die EU-Kommission erläutert darin im besonderen: „Bestimmungen und Bedingungen, die die Arbeit zu sehr schützen, können die Arbeitgeber von Neueinstellungen abschrecken.“ Das war auch schon das Argument des französischen Ministerpräsidenten Villepin für die (am Millionenprotest gescheiterte) Einführung des CPE-Gesetzes. Das gesamte Grünbuch dreht sich um die gleiche Achse:

„Der kürzlich erschienene Bericht über die Beschäftigung in Europa 2006 verweist auf Erkenntnisse, die besagen, dass durch

Die drei Partner des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB bei seiner Kampagne für „menschwürdige Arbeit“:

1) Das **Forum progressiste mondial** schreibt auf seiner Website: Es „wurde im November 2003 von der Sozialistischen Europapartei, der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament und der Sozialistischen Internationale gegründet (...). Das Forum progressiste mondial verfolgt als sein Hauptziel die Zusammenführung der sozialdemokratischen Politikerinnen und Politiker, der Organisationen der Bürgergesellschaft, der Gewerkschaften und anderer fortschrittlicher Kräfte.“

Dieses Forum ist also das Instrument der Sozialistischen Internationale für die Integration der Gewerkschaften in die Bürgergesellschaft an der Seite der NGOs.

2) **Social Alert**: 1997 von fünf internationalen Menschenrechts- und Arbeitnehmerorganisationen des Vatikans, darunter der WVA (Weltverband der Arbeitnehmer, Nachfolger des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften – jetzt mit dem IBFG zum IGB fusioniert), Pax Christi... gegründet.

3) **Solidar**: Ein internationaler Zusammenschluss von NGOs aus den Bereichen soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, die sich für Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe einsetzen, für Sozialpolitik, soziale Dienstleistungen und lebenslanges Lernen. Von George W. Bush und der US-Regierung werden die NGOs unterstützt. In einem Dokument von Bush und Condoleezza Rice bekennen sie sich klar zur Förderung der NGOs gegen die Gewerkschaften und rufen offen zu ihrer finanziellen Unterstützung auf, wie es schon seit langem Praxis der Weltbank ist.

Damit wollen der IGB und seine 3 Partner letztlich die „globale“ Flexibilisierung der Arbeit vorantreiben.

strenge Beschäftigungsschutzgesetze die Dynamik des Arbeitsmarktes eher verringern wird...“ (Grünbuch, S. 9 unten)

Es kommt zu dem Schluss: „Der Rechtsrahmen, auf dem die Standardarbeitsverhältnisse basieren, ist unter Umständen nicht umfassend genug, oder er bietet denjenigen, die einen regulären Arbeitsvertrag haben, nicht genug Anreize, nach Chancen für mehr Flexibilität in der Beschäftigung zu suchen.“ – „Mit dem vorliegenden Grünbuch soll eine Debatte darüber angestoßen werden, wieweit ein reaktionsfähiger Rechtsrahmen benötigt wird, um die Fähigkeit der Arbeitnehmer zu unterstützen, Veränderungen zu antizipieren und zu bewältigen, unabhängig davon, ob sie einen unbefristeten Arbeits-

(Forts. S. 12 links)

Die Afghanistan-Mission ist ein Kampfeinsatz! „Das muss jeder wissen, der im Bundestag darüber abstimmt“ (Struck)

DIE Große Koalition will den Kampfeinsatz deutscher Tornados im Bundestag durchsetzen. Drei Viertel der deutschen Bevölkerung sind gegen den Militäreinsatz der Bundeswehr. Ungeachtet dessen zieht die Große Koalition unter Merkel Deutschland mehr und mehr in den „weltweiten Feldzug“ von Bush hinein. Die US-Regierung begrüßt den Einsatz deutscher Aufklärungs-Tornados im umkämpften Süden Afghanistans. „Wir wissen, welche Rolle Deutschland zukommt, und wir schätzen die Unterstützung Deutschlands im zivilen Bereich und besonders beim Wiederaufbau sehr. Wenn Deutschland jetzt auch noch einen Beitrag zur Aufklärung leisten könnte, wäre das ein guter Schritt“, sagte US-Außenministerin Condoleezza Rice in den ARD-»Tagesthemen«. Andernorts ergänzte Rice zur deutschen Ratspräsidentschaft, dass diese 6 Monate zu „einer Zeit des echten Fortschritts“ werden können, da die Partnerschaft zwischen USA und Deutschland auf „gemeinsamen Werten“ basiere.

SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Struck stellte klar: Die Mission ist ein Kampfeinsatz. „Das muss jeder wissen, der im Bundestag darüber abstimmt.“

Es hilft kein Leugnen, der Einsatz der Tornado-Kampfflugzeuge im Süden Afghanistans steht im Rahmen der Aufstockung des Nato-Kontingents um weitere 2.500 Soldaten und der Vorbereitung der großangelegten Frühjahrs-offensive.

Der politische Skandal besteht darin, dass die SPD in diese Politik gezwungen werden soll. Im Bremer SPD-Programmtext findet sich der Grundsatz, der nach den Erfahrungen von Faschismus und Krieg eine zentrale Rolle gespielt hat, „Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein“ nicht mehr. Dafür heißt es: „Wir wissen, dass es Situationen geben

kann, in denen militärisches Eingreifen notwendig ist“ (Bremer Erklärung S. 20). Wann dies der Fall ist, definiert Bush, Merkel führt es aus!

Es gibt nur eine Ursache für alle diese Entwicklungen: Schröder hat in Verbindung mit seiner Vertrauensfrage die Zustimmung der Abgeordneten zur „Operation Enduring Freedom“ erpresst und damit den Weg dafür frei gemacht, dass Deutschland immer weiter in Kriege gezogen wird. Es kann nicht sein, dass die Erfahrungen des deutschen Volkes nach Faschismus und Krieg im SPD-Grundsatzprogramm nicht mehr ihren Niederschlag finden sollen.

Ein neues 1914 entwickelt sich – wir wissen doch, wohin das geführt hat. Es gibt keinen anderen Ausweg aus diesem Dilemma, als zu sagen: Nein zum Tornado-Kampfeinsatz, Rückzug der deutschen Soldaten von den „out-of-area-Einsätzen“ der Bundeswehr, Keinen Euro, keinen Cent für diese Einsätze!!

Beschluss: Der Frankfurter SPD- OV Eschersheim fordert den Unterbezirksparteitag auf, „von der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag zu fordern, den Einsatz deutscher Kampfflugzeuge in Afghanistan zu verhindern“.

Die Begründung des Ortsvereins: „Seit der öffentlichen Äußerung des früheren Verteidigungsministers Peter Struck: ‘die Bundesrepublik wird am Hindukusch verteidigt’ wird die Bundeswehr immer mehr in kriegerische Auseinandersetzungen auf der Welt verstrickt.

Nach wie vor legt unsere Verfassung fest, dass ein Einsatz der Bundeswehr nur der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland dienen darf. Keinesfalls ist damit gemeint, diese Streitmacht auch präventiv außerhalb unserer Landesgrenzen einsetzen zu können.

Im Grundsatzprogramm der SPD steht, dass wir Gewalt oder Krieg als Mittel der Politik ablehnen.

Der Einsatz von Tornado-Kampfflugzeugen zur Aufklärung und Feindbeobachtung in Afghanistan dient aber genau diesem Zweck. Werden nämlich durch Aufklärungsflüge bestimmte Verkehrs- oder Menschenbewegungen als kriegerische Aufmärsche der Taliban interpretiert, so hat das Bombardierungen durch die dort



US-Außenministerin C. Rice, Bundeskanzlerin A. Merkel

stationierten Truppen der Nato zur Folge. Wie die Erfahrung aus vielen Kriegen, zuletzt im ehemaligem Jugoslawien und aktuell im Irak zeigt, werden durch Luftaufklärung viel zu oft auch Zivilisten als Angriffsziel ausgemacht und dann verwundet oder gar getötet.

Die erheblichen, für den Tornado-Einsatz nötigen finanziellen Mittel sollten in die Hilfe für die durch Kriegswirren seit Jahrzehnten gepeinigten Menschen, insbesondere die Frauen und Kinder Afghanistans, investiert werden.

Für das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland ist es viel besser, als friedliche Nation wahrgenommen zu werden, die ihr hohes technisches Know-how und ihre wirtschaftliche Kraft nutzt, um allen Völkern der Welt tatkräftige Unterstützung zu einer besseren und gerechteren Gesellschaft zu leisten. Dagegen können wir uns mit der Beteiligung an kriegerischen Handlungen in der Welt nur neue Feinde schaffen.“

Gibt es nicht eigentlich nur eine Konsequenz?

Sollten wir diesen Antrag nicht zum Anlass nehmen, um uns an alle SPD-Bundestagsabgeordneten in der bevorstehenden Bundestagsabstimmung zu wenden, um die Ausweitung dieses Kampfeinsatzes der Nato abzulehnen und den Rückzug aller deutschen Soldaten aus den „out-of-area-Einsätzen“ der Bundeswehr und Stornierung jedes Euro und Cent für solche Kampfeinsätze zu fordern?

Wer Interesse daran hat, eine solche Initiative zu unterstützen und eine entsprechende Unterschriftensammlung unterstützen oder selbst Unterschriften sammeln will, der wende sich an die »Initiative von GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen gegen den Krieg«.

Kontakt: Michael Altmann, Kransberger Weg 6, 60439 Frankfurt am Main, E-Mail: michael.altmann@gmx.net

Vorbild des IGB... (Forts. v. S. 11)

vertrag oder einen befristeten Nichtstandardvertrag haben.“ (Grünbuch, S. 10 oben) usw. und so fort. Man kann die Gleichung aufstellen: „menschenwürdige Arbeit“ = Flexicurity = Infragestellung des gesamten Arbeitsrechts.

So läuft also die internationale IGB-Kampagne unter dem Deckmantel der „menschenwürdigen Arbeit“ darauf hinaus, den unbefristeten Arbeitsvertrag anzugreifen und die Flexibilisierung voranzutreiben.